

China in der globalen Finanzmarktkrise: wirtschaftspolitische Strategien und Strukturprobleme

Schüller, Margot

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Schüller, M. (2009). *China in der globalen Finanzmarktkrise: wirtschaftspolitische Strategien und Strukturprobleme*. (GIGA Focus Asien, 4). Hamburg: GIGA German Institute of Global and Area Studies - Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien, Institut für Asien-Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-276735>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

China in der globalen Finanzmarktkrise: Wirtschaftspolitische Strategien und Strukturprobleme

Margot Schüller

China erlebte im 4. Quartal 2008 erstmals seit vielen Jahren einen dramatischen Wachstums- und Beschäftigungsrückgang. Die neuesten Wirtschaftsdaten für das Jahr 2009 zeigen, dass die chinesische Wirtschaft stärker als vielfach erwartet in den Sog der internationalen Finanzmarktkrise geraten ist.

Analyse:

Noch im Herbst 2008 feierte die chinesische Regierung die wirtschaftlichen und sozialen Erfolge ihrer vor 30 Jahren begonnenen Wirtschaftsreform und glaubte sich auf dem sicheren Weg. Um Spekulationsblasen auf den Immobilien- und Aktienmärkten und Überhitzungstendenzen in bestimmten Industrien zu bekämpfen, waren allerdings bereits 2007 Konjunkturdämpfungsmassnahmen notwendig geworden. Ziel war ein langsames und ausgeglicheneres Wachstum. Dann trafen von Herbst 2008 an die ersten Erfolge der Konjunkturdämpfungspolitik mit den negativen Auswirkungen der internationalen Finanzmarktkrise zusammen und verstärkten den Abwärtsschwung.

- Der Einbruch bei den Exporten und der Beschäftigung als Folge der rückläufigen Nachfrage aus den USA, Europa und Japan machen deutlich, dass eine Abkoppelung der chinesischen Konjunkturentwicklung von der globalen Wirtschaftsentwicklung nicht möglich ist. China konnte aufgrund der starken außenwirtschaftlichen Integration in den letzten Dekaden von der Globalisierung profitieren, ist jedoch jetzt ebenfalls von der globalen Krise stark betroffen.
- Nun setzt die chinesische Regierung ähnlich wie andere Länder auf ein ambitioniertes Krisenpaket, mit dem sie das Wirtschaftswachstum auch 2009 auf einem Niveau von rund 8% halten und die Beschäftigungslage sichern will. Zum Maßnahmenpaket gehören geld- und finanzpolitische Maßnahmen sowie die direkte staatliche Beeinflussung von Banken und Staatsunternehmen. Um Wachstum und den privaten Verbrauch anzukurbeln, finanziert die Regierung verstärkt Infrastrukturprojekte und den Konsum der ländlichen Verbraucher. Das *deficit spending* der Regierung wird wie in anderen Ländern zur Erhöhung der Staatsverschuldung führen.
- Ob das staatliche Krisenpaket wie gewünscht wirken wird, hängt einerseits davon ab, ob der Ausfall der ausländischen Nachfrage durch eine stärker binnenorientierte Entwicklung aufgefangen werden kann, die die private und staatliche Nachfrage ansteigen lässt. Andererseits sieht sich China schwerwiegenden Strukturproblemen in der Wirtschaft gegenüber, die eine schnelle Krisenbewältigung in Frage stellen. Ob China aus der internationalen Finanzmarktkrise gestärkt hervorgeht, wird vor allem vom richtigen staatlichen Krisenmanagement, aber auch von der globalen Wirtschaftsentwicklung abhängen.

Schlagwörter: China, Finanzmarktkrise, Stimuluspaket, Strukturprobleme

1. Transformationserfolge und Strukturprobleme

Im Herbst 2008 feierte die chinesische Regierung den 30. Jahrestag der historisch bedeutenden 3. Plenartagung des 11. Zentralkomitees (ZK) der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) von 1978. Diese Plenartagung hatte die Grundlagen für die Transformation der chinesischen Wirtschaftsordnung geschaffen, die dann im Jahre 1992 mit der Entscheidung für eine sozialistische Marktwirtschaft den Systemwandel unumkehrbar machte. Die Wirtschaftsreformen lösten eine beeindruckende Wachstumsdynamik aus und begründeten den Aufstieg Chinas zu einer Weltwirtschaftsmacht. Offizielle Regierungsberichte über die Entwicklung in den vergangenen drei Dekaden weisen auf viele wirtschaftliche Erfolge hin, unter anderem:

- *Gestiegene weltwirtschaftliche Bedeutung:* Während Chinas Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 1978 weltweit noch auf Platz 10 gelegen hatte, stieg das Land bei einem jährlichen durchschnittlichen Wachstumstempo von 9,8% bis zum Jahre 2007 zur drittgrößten Wirtschaftsmacht auf. Gleichzeitig erhöhte sich das durchschnittliche Pro-Kopf-BIP von 190 US\$ auf 2.360 US\$.
- *Rasanter sektoraler Wandel:* Die unterschiedlich hohen Wachstumsraten im Primär-, Sekundär- und Tertiärsektor von 4,6%, 11,4% und 10,8% im Reformzeitraum (1979-2007) ließen den Anteil des Tertiärsektors von 23,9% auf 40,1% steigen. Gleichzeitig kam es zu einem dramatischen Rückgang des Primärsektors (Landwirtschaft) um 16,9 Prozentpunkte auf 11,3%; der Anteil des Industriesektors veränderte sich kaum.
- *Wachsende Urbanisierung:* Im Reformzeitraum nahm der Anteil der städtischen Bevölkerung von 17,9% auf 44,9% zu. Damit verbunden waren hohe Investitionen in die städtische Infrastruktur und in den Wohnungsbau.
- *Globale Orientierung:* Chinas Beitritt zur WTO 2001 beschleunigte die Transformation des Wirtschaftssystems in eine Marktwirtschaft und die Integration des Landes in die Weltwirtschaft.
- *Umfassende Reformen im Bankensektor:* Als Lehre aus der Asienkrise Ende der 1990er Jahre und aufgrund von Anforderungen im WTO-Beitrittsprotokoll wurden weitreichende Reformen im Bankensektor durchgeführt. Dazu zäh-

len vor allem die Rekapitalisierung der großen staatlichen Finanzinstitute, ihre rechtliche Umstrukturierung in Kapitalgesellschaften sowie die Schaffung neuer Regulierungsmechanismen und -behörden.

Die Erfolge der Transformationspolitik waren allerdings von zahlreichen Strukturverzerrungen begleitet, insbesondere von einer Zunahme der regionalen Einkommensunterschiede zwischen den Provinzen sowie zwischen Stadt und Land, und einer Verschärfung der Umweltprobleme. Auch das bestehende Wachstumsmodell mit der überproportional starken Rolle der Investitionen im Vergleich zum privaten Konsum und der wachsenden außenwirtschaftlichen Abhängigkeit wurden schon seit längerer Zeit von Wissenschaftlern und in der politischen Führung Chinas kritisch diskutiert. Die Anfang 2004 von der KPCh vorgestellte Vision einer „harmonischen Gesellschaft“ griff diese Probleme auf. Als Programm einer ausgewogeneren Sozialpolitik und umweltfreundlicheren Entwicklung wurde das Konzept auf dem 17. Parteitag der KPCh Mitte 2007 verabschiedet. Zu den explizit formulierten Zielen zählt, den Lebensstandard anzuheben. Die Infrastruktur im Bildungs- und Gesundheitssektor soll ausgebaut, die Beschäftigungsrate erhöht und das soziale Sicherungssystem verbessert werden, zudem soll eine nachhaltige Entwicklungsstrategie mit Schonung der Ressourcen und der Umwelt verfolgt werden (Holbig 2007, 37).

Neben eher langfristig angelegten Maßnahmen, um die strukturellen Ungleichgewichte zu verändern, musste die Regierung wiederholt seit Mitte 2006 mit Konjunkturdämpfungsmaßnahmen versuchen, die Überhitzungstendenzen zu verringern. Geldpolitische Maßnahmen und direkte Marktinterventionen wurden eingesetzt, um die Kreditvergabe der Banken zu verlangsamen, insbesondere Kredite an den extrem überhitzten Immobiliensektor sowie an Unternehmen der Rohstoff- und Energieindustrie. Dennoch blieb das Wachstumstempo in den folgenden zwei Jahren weiterhin auf zweistelligem Niveau. Um die Aufblähung der Spekulationsblasen auf dem Immobilien- und Aktienmarkt zu beenden und die Ausweitung der Inflation zu stoppen, begann die Regierung Anfang 2008 mit restriktiveren geldpolitischen Maßnahmen und Marktinterventionen, die auch erfolgreich das Wachstum abbremsen. Nachfrage- und Angebotsrückgang wirkten sich

außerdem auf die dem Immobiliensektor vorgelagerten Industriezweige aus, hauptsächlich auf die Stahl- und Zementindustrie sowie auf die nachgelagerten Bereiche wie Transport und Stromerzeugung.

2. Ökonomische Folgen der globalen Finanzmarktkrise für China

Seit Herbst 2008 ist die chinesische Wirtschaft in den Sog der globalen Finanzmarktkrise geraten und verzeichnet deutliche Einbrüche beim Wachstum und bei der Beschäftigung. Die Abflachung der Wachstumsraten von 10,6% im 1. Quartal auf 10,1% im 2. Quartal und auf 9% im 3. Quartal 2008 war zunächst noch Ausdruck einer erfolgreich eingeleiteten Verlangsamung des Entwicklungstempos. So hatte die Wachstumsrate im Jahr 2007 noch 13% betragen. Die negativen Einflüsse der Finanzmarktkrise überlappten allerdings ab Herbst 2008 mit den Auswirkungen der staatlich verfolgten Wachstumsreduzierung und verschärften den Einbruch. Der Rückgang des gesamtwirtschaftlichen Entwicklungstempos im 4. Quartal auf 6,8% war auch nach Einschätzung des Staatlichen Statistikamtes unerwartet hoch. Die von den USA ausgehenden negativen Schockwellen im globalen Bankensystem nach dem Zusammenbruch der Investmentbank Lehman Brothers Mitte September 2008 trafen zwar nicht direkt Chinas Finanzsektor, hatten dafür aber dramatische Auswirkungen auf die Realwirtschaft. Am stärksten waren die Exporte betroffen, die von zentraler Bedeutung für das Wirtschaftswachstum sind.

Die Frage, wie hoch das Wirtschaftswachstum in China sein sollte, wird im Allgemeinen im Zusammenhang mit der Beschäftigung diskutiert. Um ausreichend neue Arbeitsplätze für die Millionen jährlich auf den Arbeitsmarkt drängenden Arbeitskräfte bereitzustellen und die aufgrund von Umstrukturierungen entlassenen Arbeitskräfte unterzubringen, wird von Regierungsseite eine Wachstumsrate von mindestens 8% als notwendig angesehen. In der letzten Dekade führte jeder Anstieg des Wachstums um 1% dazu, dass die Beschäftigung um 0,1% zunahm. Für das Jahr 2009 muss damit gerechnet werden, dass sich die Arbeitsmarktlage weiter verschärft. Nach Schätzungen von Bottelier (2009) wird es etwa 30 Millionen Arbeitssuchende geben, ohne

Berücksichtigung der ländlichen Wanderarbeiter, die aufgrund der Krise nicht mehr weiter beschäftigt werden können. Sollte das Wachstum in diesem Jahr nur eine Marke von 7,5% erreichen, würden Bottelier zufolge nur sechs bis sieben Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen werden können. Für die ländlichen Wanderarbeiter ist der Wachstumseinbruch selbst nach offizieller Einschätzung besonders dramatisch. So geht Chen Xiwen, Direktor der Führungsgruppe für die ländliche Arbeit beim Staatsrat, davon aus, dass 15,3% der rund 130 Millionen ländlichen Wanderarbeiter von den Folgen der globalen Finanzmarktkrise betroffen sein werden.

Neben der Höhe der Wachstumsrate ist die Frage von Bedeutung, wie stark die gesamtwirtschaftliche Entwicklung binnenmarktorientiert oder vom Außenhandel abhängig ist und welche Rolle Investitionen spielen. Zur Messung bieten sich als Indikatoren die prozentualen Anteile 1. des Konsums (staatlicher und privater Verbrauch), 2. der Bruttoinvestitionen und 3. des Außenhandels (Export minus Import von Gütern und Dienstleistungen) am BIP an. Obwohl die Regierung bereits 2006 angekündigt hatte, dass eine Kehrtwende in der Wirtschaftspolitik hin zu einem stärker binnenmarktorientierten und auf privatem Konsum basierenden Wachstum notwendig sei, wurde diese Politik nur sehr eingeschränkt in die Tat umgesetzt. Der Anteil des Verbrauchs, insbesondere des Konsums der privaten Haushalte, von etwa 35% (bezogen auf das Jahr 2007, siehe Tabelle 1) ist vergleichsweise niedrig. In den USA beispielsweise lag dieser Anteil 2005 bei ca. 70%, in Indien bei 61% (Lardy 2007, 3).

Der wichtigste Wachstumsmotor sind die Bruttoinvestitionen. Ihr Anteil am BIP lag mit etwa 40% (2007) deutlich über dem internationalen Durchschnitt. Allerdings ist umstritten, ob die Investitionsquote tatsächlich zu hoch ist. So gehen einige Analysten davon aus, dass China für ein mindestens 9%iges Wachstum eine hohe Investitionsquote benötige und dass die offiziell ausgewiesene Quote aufgrund der Mängel im Statistiksystem verzerrt dargestellt werde. Sowohl der Verbrauch als auch das BIP seien zu niedrig ausgewiesen. Berichte über Unternehmensgewinne zeichnen ein komplett anderes Bild, da in diesen die Gewinne als wichtigste Finanzierungsquelle für Investitionen genannt würden. Weiterhin sei die Kapitalrendite hoch und steige seit mehr als zehn Jahren, so dass auch bei weiter

zunehmenden Investitionen noch kein Rückgang der Kapitalrendite zu befürchten sei. Die positive Entwicklung der Unternehmensgewinne wird dabei auf die erfolgreiche Umstrukturierung der Staatsunternehmen Ende der 1990er Jahre und die Integration in die Weltwirtschaft zurückgeführt (Goldman Sachs, 2006, 61-64).

Tabelle 1: Struktur des BIP (Verwendung) in Prozent (2007)

Gesamter Verbrauch	49,0
Private Haushalte	35,3
Staatlicher Verbrauch	13,7
Bruttoinvestitionen	40,2
Veränderungen der Lagerhaltung	1,9
Nettoexport	8,9
Exporte von Gütern und Dienstleistungen	38,7
Importe von Gütern und Dienstleistungen	29,8

Quelle: CEIC, Merrill Lynch.

Der Außenhandel spielt für das Wachstum eine Schlüsselrolle. Im Jahr 2007 machten die Bruttoexporte ca. 40% des Bruttoinlandsproduktes (BIP) aus. Wird hiervon der rund 50%ige Anteil des Veredelungshandels abgezogen, bleibt immer noch ein Wertschöpfungsanteil der Exporte von 20% am BIP. Dies ist eine weitaus höhere außenwirtschaftliche Abhängigkeit als in anderen großen *emerging economies*. Werden die Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zu Exporten und Importen herangezogen, zeigt diese Berechnung allerdings nur einen Anteil der Nettoexporte am BIP von 8,7% für das Jahr 2007.

Zwischen Oktober und Dezember 2008 ging das monatliche Exportvolumen kontinuierlich zurück, und zwar um 6%, 8,5% bzw. 2,8% (MOFCOM 2008). Vor allem die Ausfuhren von leichtindustriellen Erzeugnissen wie Spielzeug und Textilien waren betroffen, nicht jedoch Produkte mit höherer Wertschöpfung wie die der Maschinen- und Ausrüstungsindustrie. Trotz der in bestimmten Exportbranchen und Regionen (insbesondere im Perlfussdelta) stark rückläufigen Exporte lag der Anstieg der Ausfuhren für das gesamte Jahr 2008 bei 17,2% und der Außenhandelsüberschuss bei 295,46 Mrd. US\$ (+12,7%

gegenüber 2007) (MOFCOM 2008). Der Wachstumseinbruch bei den Exporten setzt sich jedoch seit November 2008 ununterbrochen fort. Allein im Februar 2009 sank das Exportvolumen um 25,7% gegenüber dem Vorjahresmonat; auch die Importe gingen um 24,1% zurück.

Dass sich China in einer Rezession befindet, zeigen nicht nur das rückläufige Wirtschaftswachstum und der Einbruch in der Beschäftigung. Auch die nachlassende Energieproduktion und der rückläufige Energieverbrauch sowie die eingebrochene Bautätigkeit nach dem Platzen der Spekulationsblase auf dem Immobilienmarkt weisen darauf hin. Bottelier schätzt, dass allein 10-20% der insgesamt 55 Millionen Arbeitskräfte des Bausektors – überwiegend ländliche Wanderarbeiter – aufgrund des Einbruchs der Bautätigkeit im Jahr 2008 entlassen wurden. Damit war der Arbeitsplatzverlust in diesem Bereich am stärksten und lag noch vor dem Beschäftigungsrückgang von Wanderarbeitern in den exportorientierten Unternehmen der Küstenregion sowie in den klein- und mittelständischen Staatsunternehmen der Baustoffindustrie. Auch die in China tätigen Auslandsunternehmen haben die Zahl ihrer Beschäftigten verringert. So wird von 27% der multinationalen Unternehmen berichtet, dass sie einen Teil ihrer Arbeitskräfte bereits entlassen hätten, während die übrigen für das Jahr 2009 eine Reduzierung ihrer Mitarbeiterzahl planten.

3. Schwerpunkte des staatlichen Krisenprogramms

Um die negativen Auswirkungen der globalen Finanzmarktkrise auf Chinas Konjunkturentwicklung aufzufangen, kündigte die Regierung am 11. November 2008 an, die binnenwirtschaftliche Entwicklung stärken zu wollen. Während einer Sitzung des Staatsrates wies Ministerpräsident Wen Jiabao darauf hin, dass es notwendig sei, wirtschaftspolitisch gegenzusteuern. Dies garantiere die soziale Harmonie und Stabilität und sei der wichtigste Beitrag Chinas für die Weltwirtschaft (BBC PF, 11.11.2008). In seiner Rede auf der Sitzung des Staatsrates nannte Wen Jiabao sieben Schwerpunkte der Politik der Zentralregierung:

- *Erhöhung der Investitionen und Verbesserung der Investitionsstruktur:* Im Einzelnen sollen dafür mehr Investitionen mit dem Ziel durchgeführt

werden, den Lebensstandard der Bevölkerung zu verbessern, große in Bau befindliche Infrastrukturprojekte schneller zu beenden und neue für das Wirtschaftswachstum bedeutsame Infrastrukturprojekte zu beginnen.

- *Ausweitung der privaten Konsumnachfrage:* Hierfür soll u. a. die Einkommens- und Beschäftigungssituation verbessert werden, insbesondere für Bezieher niedriger Einkommen.
- *Förderung einer gesunden Entwicklung des Immobilienmarktes:* Neben einer besseren Regulierung des Marktes soll das Hauptgewicht vor allem auf dem Bau preisgünstiger Wohnungen und der Entwicklung des Sekundärmarktes für Wohnungseigentum liegen.
- *Aufrechterhaltung eines stetigen Exportwachstums:* Um bestimmte Exporte zu fördern, werden als Instrumente Exportsteuerrückerstattung, Fonds für die Entwicklung des Außenhandels und staatlich subventionierte Zinsen genannt. Die geförderten Exporte beziehen sich auf Güter mit Schlüsseltechnologien, große Maschinen und Ausrüstungen sowie wettbewerbsfähige Produkte der Landwirtschaft, der Leicht- und der Textilindustrie.
- *Verbesserung der Qualität der Unternehmen und ihrer Wettbewerbsfähigkeit:* Zur Unternehmensförderung soll die gesamtwirtschaftliche Politik hinsichtlich Steuern, Banken, Industrie und Gebührenerhebung darauf abgestellt werden, die Fusion und die Reorganisation von Unternehmen, vor allem kleiner und mittelgroßer, zu erleichtern.
- *Aufrechterhaltung eines vernünftigen Geld- und Kreditwachstums:* Neben einer verbesserten Regulierung der Finanzmärkte sollen hierfür die Steuer- und Ausgabenpolitik angepasst werden.
- *Reformen in Schlüsselbereichen:* Hierbei geht es insbesondere um Anpassungen bei der Mehrwertsteuer, der Preisstruktur für Erdölprodukte und Erdgas sowie Strukturreformen bei Gesundheitsdienstleistungen.

Das von der Regierung Anfang November 2008 angekündigte Stimuluspaket sieht Investitionen von etwa 4 Billionen Yuan (459 Mrd. Euro) vor, nannte aber anfänglich keine genaue Verteilung auf die Programmschwerpunkte. Vor Beginn der Tagung des Nationalen Volkskongresses Anfang März 2009 nahm jedoch der Druck der Öffentlichkeit auf die Regierung zu, mehr über den staatlichen Ausgabenplan bekannt zu geben. Kritisch hinter-

fragt wurde hauptsächlich, in welchem Umfang das Krisenpaket neue Investitionen vorsieht und wie hoch die Mittelzuweisung in einzelne Bereiche ist. Die Forderung nach größerer Transparenz führte dazu, dass die Nationale Entwicklungs- und Reformkommission (NDRC) und das Finanzministerium mehr Informationen auf ihre Webseiten stellten und der Ministerpräsident in seiner ersten Online-Stellungnahme das Recht der Bürger auf mehr Transparenz positiv bewertete: „I always think that people have the right to know what the government is thinking and doing, and voice their criticism of government policy“ (Xinhua, 02.03.2009).

Anfang März 2009 veröffentlichte die NDRC Einzelheiten des Stimuluspaketes und erklärte, dass es seit November 2008 aufgrund der Krisenentwicklung gewisse Anpassungen gegeben habe (siehe Tabelle 2). So wurde das Volumen für Infrastrukturprojekte (u. a. Bau von Eisenbahnen, Autobahnen, Flughäfen, Bewässerungsanlagen) um 300 Mrd. Yuan auf 1,5 Bio. Yuan gekürzt. Auch die Mittel für Projekte der Energiekonservierung und Nachhaltigkeit (unter dem Stichwort „nachhaltige Umweltentwicklung“) wurden zurückgenommen, und zwar um 140 Mrd. Yuan auf 210 Mrd. Yuan. Aufgestockt wurden dagegen die Mittel für Technologiefördermaßnahmen (um 210 Mrd. Yuan) sowie für zivile Projekte (Bildung, Gesundheit, Kultur, Familienplanung etc.) und soziale Wohlfahrt.

Zusätzlich zu diesem Konjunkturpaket von 4 Billionen Yuan soll der vom Staatsrat ebenfalls genehmigte Stimulusplan für zehn Industriebranchen das Wachstum fördern. Hierbei geht es vor allem um staatlich subventionierte Zinsen von Bankkrediten für neue Technologien. Unabhängig vom Konjunkturpaket hat die Zentralregierung Ende 2008 angekündigt, Mittel in Höhe von 850 Mrd. Yuan für drei Jahre bereitzustellen, um die Gesundheitsversorgung zu verbessern. Neben fiskalpolitischen Maßnahmen hat die Regierung geldpolitische Instrumente eingesetzt, um die Krise zu bewältigen. Im Dezember 2008 senkte sie Zinsen für Kredite und Sparguthaben mit einjähriger Laufzeit um jeweils 0,27 Prozentpunkte auf 5,31% bzw. 2,25%. Da jedoch die Kreditvergabe auch der politischen Einflussnahme unterliegt, hat dieses geldpolitische Instrument nicht dieselbe Wirkung wie in den westlichen Ökonomien.

Zur Kreditverknappung wie in anderen Ländern ist es in China bisher nicht gekommen. Auf der Arbeitskonferenz zur Wirtschaftsentwicklung

Tabelle 2: Vergleich der Schwerpunkte im alten und neuen Konjunkturpaket Chinas

Investitionsbereiche	Altes Konjunkturpaket		Neues Konjunkturpaket	
	Mrd. Yuan	Prozent	Mrd. Yuan	Prozent
Wiederaufbaumaßnahmen im Erdbebengebiet der Provinz Sichuan	1.000	25	1.000	25
Technologiefördermaßnahmen und industrielle Umstrukturierung	160	4	370	9,25
Nachhaltige Umweltentwicklung	350	8,75	210	5,25
Soziale Wohlfahrt	40	1	150	4
Zivile Projekte	280	7	400	10
Zivile Projekte in ländlichen Gebieten	370	9	370	9
Infrastruktur	1.800	45	1.500	37,5
Gesamt	4.000	100,00	4.000	100,00

Quellen: Caijing, 06.03.2009; NDRC Website, 06.03.2009.

Ende 2008 beschloss die Regierung, dass die Banken im Jahr 2009 ausreichend Liquidität bereitstellen sollen, um das hohe Wachstum aufrechtzuerhalten. Die Zentralbank und die Bankenaufsichtsbehörde (*China Banking Regulatory Commission* – CBRC) forderten dann die Geschäftsbanken auf, ihre Kreditvergabepraxis zu lockern. Vor allem den kleineren und mittelgroßen Banken erlaubte die CBRC, die Relation zwischen Krediten und Einlagen zu verringern, um mehr Kredite vergeben zu können. Generell gilt für Geschäftsbanken, dass sie nur 75% ihrer Einlagen als Kredite vergeben können, um einen Liquiditätsengpass zu vermeiden (BBC EF, 11.01.2009).

Um die private Nachfrage der ländlichen Konsumenten zu stärken und gleichzeitig den Ausfall der ausländischen Nachfrage für die chinesische Industrie auszugleichen, beschloss die Regierung Ende 2008, Produkte der Haushaltselektronik zu subventionieren. Im Rahmen eines vierjährigen Projektes mit dem Titel „Household electrical appliances going to the countryside“ können ländliche Verbraucher Farbfernsehgeräte, Kühlschränke, Waschmaschinen und Mobilfunkgeräte vergünstigt erwerben. Es wird damit gerechnet, dass sich der Konsum dadurch um 920 Mrd. Yuan erhöhen wird (BBC PF, 10.12.2008).

4. Schnelle Lösungen nicht möglich

Ob das Konjunkturpaket, das ein Hauptgewicht auf den Ausbau der Infrastruktur legt, ausreichend Beschäftigungs- und Einkommenseffekte erzielen wird, um den Ausfall der Auslandsnachfrage zu kompensieren, wird in Expertenkommentaren und politischen Stellungnahmen unterschiedlich eingeschätzt. Lee Kuan Yew, der ehemalige Ministerpräsident von Singapur, bewertet die Maßnahmen, um die Krise zu überwinden, positiv und geht davon aus, dass die chinesische Wirtschaft weiter wachsen wird. So benötigten noch viele Provinzen im Binnenland eine bessere Infrastrukturausstattung und der Anteil des privaten Konsums am BIP sei im Vergleich zu den USA noch sehr niedrig (Lee Kuan Yew 2008). Dagegen wird argumentiert, dass die heutigen Wachstumswirkungen der staatlichen Investitionen geringer als in der Asienkrise Ende 1997 ausfallen würden, da inzwischen die Infrastruktur wesentlich besser entwickelt sei. Darüber hinaus würden die Staatsunternehmen für die Beschäftigung keine derartig bedeutende Rolle mehr wie vor zehn Jahren spielen (Financial Times, 08.12.2008).

Nach Einschätzung der Weltbank-Repräsentanz in Beijing wird das Stimuluspaket nicht automatisch zu einer ausgeglicheneren Wirtschaftsentwicklung führen, da Wachstumsziele Vorrang hätten. Um die inländische Konsumnachfrage und den Dienstleistungssektor zu beleben, müssten das verfügbare Einkommen erhöht und die

starke Sparneigung gemindert werden. Hierfür seien höhere staatliche Ausgaben für Gesundheitsversorgung, Bildung und soziale Sicherung erforderlich. Um die Produktionsstrukturen anzupassen, sei darüber hinaus gegen die bisher bestehende Preisverzerrung anzugehen. Hierfür müsse die preisliche Unterbewertung bestimmter Inputs für die Industrie wie Land, Energie, Wasser, Rohstoffe und Umweltkosten aufgehoben werden. Weiterhin seien marktverzerrende Subventionen für die verarbeitende Industrie und für ausländische Investoren sowie Restriktionen beim Zugang des Dienstleistungssektors abzubauen. Um die regionalen Einkommensunterschiede zu verringern, empfiehlt die Weltbank, die noch bestehenden Mobilitätsbeschränkungen zwischen Stadt und Land aufzuheben und den Lokalbehörden mehr Entscheidungsrechte und Instrumente zuzugestehen, um ihre Wirtschaftsstrukturen anzupassen. Allerdings biete die derzeitige Krise durchaus die Chance umzusteuern: „The government can use the opportunity of the fiscal stimulus package to take more rebalancing measures, including on energy and resource pricing; health, education, and the social safety net; financial sector reform; and institutional reforms“ (World Bank 2008: 1).

Mittel- und langfristig werden die Wachstumschancen Chinas nach wie vor sehr positiv eingeschätzt, insbesondere vor dem Hintergrund der zunehmenden Urbanisierung und des technologischen Aufholprozesses. Die schnell alternde Bevölkerung und die hohen Umweltkosten stellen dagegen zwei Faktoren dar, die die Prognosesicherheit beeinträchtigen (Financial Times, 14.01.2009). Ob es der chinesischen Regierung in diesem Jahr allerdings gelingen wird, das Wachstum tatsächlich auf einem Niveau von rund 8% zu halten, erscheint fraglich. Die Weltbank geht in ihrer im März 2009 revidierten Prognose davon aus, dass Chinas Wachstumsrate nicht höher als 6,5% liegen werde.

Literatur

BBC Monitoring Global Newline Asia Pacific Political File (2008): Chinese premier highlights seven areas of work in economic stimulus plan, 11.11.
 BBC Monitoring Global Newline Asia Pacific Economic File (2009): China allows small, mid-sized banks larger lending room to support economy, 11.01.

Bottelier, Pieter (2009): China's Economic Downturn: Employment is the Critical Issue, China Brief, Vol. 9, Issue 3.
 Caijing (2009): Si Wan Yi Touzi jiegou da jiaozheng [Anpassung der Struktur des 4-Bio.-Investitionspaketes], www.caijing.com.cn/2009-03-06/110114155.html, 06.03. (Zugriff 10.03.2009).
 CEIC, Merrill Lynch, nach: Why China's GDP growth will maintain at 8% or above in 2009?, <http://nieuwfinder.spaces.live.com/blog/cns!7817C405FF78AAA2!1384.entry> (Zugriff 10.03.2009).
 Financial Times (2008): Chinese officials set to fine tune stimulus package, 08.12..
 Financial Times (2009): China becomes third largest economy. 14.01.
 Goldman Sachs (2006): China's investment strategy is sustainable, in: www2.goldmansachs.com/ideas/brics/book/BRICs-Chapter4.pdf (Zugriff 03.02.2009).
 Holbig, Heike (2007): Demokratie chinesischer Prägung – Der XVII. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas, in: China aktuell, Nr. 6, S. 32-55.
 Lardy, Nicolas (2007): Rebalancing China's growth, www.iie.com/publications/papers/lardy0507.pdf (Zugriff 20.03.2008).
 Lee Kuan Yew (2008): Global Economic Crisis, in The Straits Times, 04.12.
 MOFCOM (Ministry of Commerce), Website www.mofcom.gov.cn.
 The Straits Times (2009): Can China grow itself out of trouble?, 26.02..
 World Bank (2008): Quarterly Update, World Bank Office, Beijing, Dezember.

■ Die Autorin

Dr. Margot Schüller ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am GIGA Institut für Asien-Studien, zuständig für die Wirtschaft Chinas und Hongkongs; Forschungsschwerpunkte: Transformation des Wirtschaftssystems, Regionalentwicklung, Finanzsektor und Innovationspolitik.

E-Mail: schueller@giga-hamburg.de, Website: <http://staff.giga-hamburg.de/schueller>.

■ GIGA-Publikationen zum Thema

Burgschweiger, Nadine (2009): Japan in der globalen Finanzkrise, GIGA Focus Asien, Nr. 3, www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/pdf/gf_asien_0903.pdf.

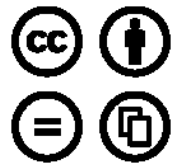
Sangmeister, Hartmut (2009): Lateinamerika im Sog der Finanzkrise, GIGA Focus Lateinamerika, Nr. 1, www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/pdf/gf_lateinamerika_0901.pdf.

Schucher, Günter (2009): China's Employment Crisis. Stimulus for policy change?, in: Journal of Current Chinese Affairs, Nr. 1 (im Erscheinen).

Schüller, Margot (2009): China im Sog der internationalen Finanzmarktkrise, Vortrag, 21.01., Hamburg, www.giga-hamburg.de/content/wissenstransfer/ppp/ppt_schueller.pdf.



Der GIGA *Focus* ist eine Open-Access-Publikation. Sie kann kostenfrei im Netz gelesen und heruntergeladen werden <www.giga-hamburg.de/giga-focus> und darf gemäß den Bedingungen der *Creative Commons-Lizenz Attribution No-Derivative Works 3.0* <<http://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/de/deed.en>> frei vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies umfasst insbesondere: korrekte Angabe der Erstveröffentlichung als GIGA *Focus*, keine Bearbeitung oder Kürzung.



Das **GIGA German Institute of Global and Area Studies** – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost und zu globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Der GIGA *Focus* Asien wird vom GIGA Institut für Asien-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretenen Auffassungen stellen die der Autoren und nicht unbedingt die des Instituts dar. Die Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge verantwortlich. Irrtümer und Auslassungen bleiben vorbehalten. Das GIGA und die Autoren haften nicht für Richtigkeit und Vollständigkeit oder für Konsequenzen, die sich aus der Nutzung der bereitgestellten Informationen ergeben. Wurde in den Texten für Personen und Funktionen die männliche Form gewählt, ist die weibliche Form stets mitgedacht.

Redaktion: Günter Schucher; Gesamtverantwortlicher der Reihe: Andreas Mehler; Lektorat: Vera Rathje
Kontakt: <giga-focus@giga-hamburg.de>; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg